Badener Firmen im Visier chinesischer Spione

Das neue Freihandelsabkommen mit China birgt Risiken, warnt eine Badener Expertin. So schützen sich ABB, Accelleron und Co.

Sibylle Egloff Francisco



Accelleron in Baden wurde bereits ausspioniert. Die frühere BBC, aus der die ABB hervorgegangen ist, traf bereits in den 1980er-Jahren Massnahmen gegen unerwünschten Technologietransfer, wie Historikerin Ariane Knüsel (rechts im Bild) herausgefunden hat. Bilder: Valentin Hehli/Sandra Ardizzone

Die Schweizer Tech-Industrie blickt voller Erwartungen nach China. Von einem «wichtigen Durchbruch» spricht der Branchenverband Swissmem. Grund ist das modernisierte Freihandelsabkommen, das die Schweiz und China am Freitag in Peking unterzeichnet haben. Mittelfristig sollen 99,8 Prozent der Schweizer Exporte zollfrei nach China gelangen können. Heute sind es 53,6 Prozent.

Besonders Maschinenbauer und Hersteller von Präzisionsinstrumenten dürften profitieren. Doch der erleichterte Marktzugang hat eine Kehrseite: Wer in China Geschäfte macht, bringt wertvolles technologisches Wissen mit. Dieses ist auch für chinesische Konkurrenten und staatliche Akteure interessant.

Da stellt sich die Frage: Wie schützen sich Technologiefirmen aus der Region Baden vor Wirtschaftsspionage und unerwünschtem Technologietransfer?

Eine, die die Aufbruchstimmung kritisch betrachtet, ist Ariane Knüsel. Die Historikerin und China-Expertin unterrichtet seit 17 Jahren an der Kantonsschule Baden und forscht an den Universitäten Zürich und Freiburg zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und China. «Wer denkt, dass das erweiterte Freihandelsabkommen alle Probleme der Schweizer Unternehmen in China löst, ist naiv», sagt Knüsel.

Sie warnt davor, das chinesische Wirtschaftssystem zu unterschätzen. Peking gebe wirtschaftliche Ziele vor, die Firmen, lokale Behörden und Forschungseinrichtungen umsetzen müssten. Zukunftstechnologien wie Robotik, erneuerbare Energien und Biotechnologie würden gezielt gefördert.

«In der Zukunftsvision der Kommunistischen Partei hat es keinen Platz für Schweizer Firmen an der technologischen Spitze», sagt Knüsel. Dabei gehe es nicht nur um illegale Spionage. Auch durch Forschungskooperationen, Joint Ventures oder die Rekrutierung von Fachkräften könne Wissen legal nach China gelangen. «Badener und Aargauer Firmen riskieren ihr Know-how und ihre Technologie», sagt die Expertin.

Accelleron hat sich erfolgreich gewehrt

Dass Wirtschaftsspionage keine theoretische Gefahr ist, bestätigt der Badener Turboladerhersteller Accelleron. «Wir haben in der Vergangenheit unsere Erfahrungen gemacht und uns auch schon erfolgreich gewehrt», erklärt Sprecher Sandro Hofer. Ob die Vorfälle mit China zusammenhingen, lässt das Unternehmen offen. Auch seine Schutzmassnahmen hält es geheim. China ist für Accelleron als weltweit grösster Schiffbaumarkt ein wichtiger Produktionsstandort. Der grösste Teil der Herstellung sowie Forschung und Entwicklung bleiben laut Unternehmen aber in Baden.

Auffällig ist, wie vorsichtig die angefragten Firmen auf Fragen zur chinesischen Wirtschaftsspionage reagieren. ABB geht darauf nicht ein, Hitachi Energy verweist auf sein weltweites Risikomanagement. Accelleron bestätigt frühere Erfahrungen, nennt aber keine Einzelheiten.

Knüsel vermutet, dass die Firmen ihre Geschäftsbeziehungen in China nicht gefährden wollen. Ausländische Unternehmen könnten unter Druck geraten, etwa wenn Bewilligungen ausblieben oder Bussen drohten. «Die Behörden haben zahlreiche Möglichkeiten, Firmen das Leben schwer zu machen.»

Knüsel warnt: «Ohne China-Expertise sollte man nicht nach China gehen.» Besonders KMU hätten oft nicht die Mittel, sich mit spezialisierten Beratern gegen unerwünschten Technologietransfer zu wehren.

Besonders eng mit China verflochten ist ABB. Der Konzern mit Wurzeln in Baden ist dort seit über 100 Jahren präsent. China ist sein zweitgrösster Markt. Mehr als 13'000 Mitarbeitende sind in über 120 Städten beschäftigt.

Die Strategie lautet «In China, für China». Rund 85 Prozent des chinesischen Umsatzes erzielt ABB mit lokal hergestellten Produkten und Dienstleistungen. Auch Forschung und Entwicklung finden vor Ort statt. Knüsel sieht darin ein langfristiges Risiko. Wer mit chinesischen Partnern forsche, gebe auch Wissen weiter. Vom Zollabbau profitiere ABB ver-



gleichsweise wenig, da der Konzern überwiegend in China produziere.

Schon die BBC fürchtete um ihre Technologie

Dass die Risiken nicht neu sind, zeigen Knüsels Forschungen im Archiv der früheren BBC. Bereits in den 1980er-Jahren schulte der Badener Industriekonzern Mitarbeitende für Verhandlungen mit chinesischen Geschäftspartnern.

Gespräche mit Vertretern der chinesischen Botschaft in Bern waren laut Knüsel ohne Wissen der Unternehmensführung nicht erlaubt. Die BBC befürchtete, dass chinesische Partner durch Einblicke in Produktionsprozesse an technisches Wissen gelangen könnten.

Als die chinesische Botschaft 1980 um Praktikumsplätze in Plasmaphysik und Netzautomatisierung bat, lehnte die BBC ab. Chinesische Praktikanten sollten nur in nicht sensiblen Bereichen eingesetzt werden.

Auch der Konzern Hitachi Energy, der einen Standort in Baden hat, sieht China als wichtigen Markt, insbesondere beim Ausbau der Energieinfrastruktur. Konkrete Hinweise auf Spionageversuche habe man bisher nicht festgestellt, erklärt Sprecher Andreas Bachmann. Bei Kooperationen würden Risiken geprüft und Schutzmassnahmen getroffen.

Das PSI beobachtet Abwerbeversuche

Konkreter äussert sich das Paul Scherrer Institut (PSI) in Würenlingen und Villigen. Wirtschaftsspionage und unerwünschter Know-how-Abfluss seien bekannte Risiken, erklärt Sprecherin Martina Gröschl. Konkrete Spionagefälle seien dem Institut nicht bekannt. «Wie andere Forschungsinstitutionen beobachten wir jedoch vereinzelt Versuche, qualifizierte Mitarbeitende für andere Organisationen zu gewinnen.»

Das PSI setzt auf Exportkontrollen, geregelte Zugangsrechte und die Sensibilisierung seiner Mitarbeitenden. Bei Kooperationen prüft es auch mögliche militärische Verwendungszwecke von Technologien.

Knüsel weist auf eine weitere Gefahr hin: Chinas Sicherheitsgesetze sehen weitreichende Mitwirkungspflichten gegenüber Nachrichtendiensten vor. Diese könnten auch chinesische Staatsangehörige in der Schweiz betreffen.

Behörden könnten etwa Angehörige in China einschüchtern, um Einfluss auf die Forschenden zu nehmen. Das bedeute nicht, chinesische Mitarbeitende generell zu verdächtigen. Sie könnten vielmehr selbst Opfer staatlicher Einflussnahme werden.

Auch Russland betreibt Wirtschaftsspionage

China ist nicht das einzige Land, von dem Spionagegefahren ausgehen. Laut Knüsel warnt der Nachrichtendienst des Bundes explizit auch vor russischer Spionage. Seit dem Ukrainekrieg habe Moskau seine Beschaffungsaktivitäten verstärkt, um an Technologien zu gelangen, die wegen Sanktionen nicht mehr zugänglich sind.

Die Historikerin betont, dass es ihr nicht um «China-Bashing» gehe. Sie erforsche, wie Wissen und Technologie zwischen der Schweiz und China ausgetauscht werden. Das Freihandelsabkommen könne den Handel erleichtern, beseitige aber weder den Wettbewerb noch die Gefahr des Technologietransfers.

Strafbefehl-Einspruch zahlt sich aus

Bezirksgericht Rheinfelden verhandelt jahrelangen Nachbarschaftsstreit zugunsten der Beschuldigten.

Hans Christof Wagner

Sie wohnen gerade einmal zehn Meter voneinander weg. Nur drei Meter Abstand zwischen ihnen bestand jetzt im Verhandlungssaal des Bezirksgerichts Rheinfelden. Dort trafen die Nachbarn aufeinander – die einen als Beschuldigten, die anderen als Privatkläger.

Es war ein Nachbarschaftsstreit par excellence, den Bezirksgerichtspräsident Matthias Meier zu klären hatte – kein leichtes Unterfangen bei Vorfällen, die sich am 14. und 16. Juli 2022, also schon vor mehr als vier Jahren, zugetragen haben sollen.

Aber bei den Privatklägern, einem Paar, waren sie noch sehr präsent. «Ich habe innerhalb von zehn Minuten noch nie so viele Beleidigungen gehört wie an diesem Abend», sagte der Mann aus.

Aber es soll nicht bei Beschimpfungen geblieben, sondern auch zu Drohungen gekommen sein. «Wir hatten richtig Angst, dass sie sich zusammenrotten und zu uns in die Wohnung kommen. Ich zitterte vor Panik», sagte die Frau. Diese setzte einen Notruf ab, woraufhin auch die Polizei zum Ort des Geschehens kam.

Im August 2022 hatten die beiden daraufhin gegen ihre Nachbarn Strafanzeige gestellt. Sie hätten sich, wie sie betonten, nicht mehr anders zu helfen gewusst.

Seien doch jahrelange Lärmbelästigungen seitens der Beschuldigten vorausgegangen. «Die haben keinen Respekt und nehmen keinerlei Rücksicht auf andere», sagte die Privatklägerin über diese aus.

Die drei Beschuldigten – Vater, Mutter und Sohn – hatten gegen den von der Staatsanwaltschaft Rheinfelden-Laufenburg erlassenen Strafbefehl vom Dezember 2022 Einsprache erhoben. Allen dreien wurde darin Beschimpfung vorgeworfen, Vater und Sohn zudem auch Drohung. Sie sollen die Privatkläger mehrfach beschimpft haben, unter anderem wegen ihrer deutschen Nationalität auch als «huere Sauschwobe».

Darin, dass sie dem Privatkläger gegenüber geäussert haben sollen, ihm «die Fresse einschlagen» zu wollen, sah die Staatsanwaltschaft die Drohung als gegeben an.

Die Strafbefehle sahen bedingte Geldstrafen, Bussen und Strafbefehlsgebühren vor. So kamen Forderungen gegen die Drei in Höhe von 1000, 1200 und 1900 Franken zustande.

Die Beschuldigten äusserten sich nicht zu den Vorwürfen, sie machten von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch. Dafür waren acht Zeugen geladen, die Licht ins Dunkel bringen sollten.

Teils konnten sie sich aber nicht mehr erinnern oder waren nicht vor Ort an den zwei Tagen im Juli 2022, um die es in der Verhandlung ging. Mehrheitlich aber sagten die Zeugen pro Beschuldigte aus. Diese seien an guter Nachbarschaft interessiert gewesen und hätten sich auch stets an die gesetzlichen Ruhezeiten gehalten.

Vielmehr, so hiess es, seien die Kläger überempfindlich und hätten die Ruhezeiten peinlichst genau überwacht. Selbst den Lärm spielender Kinder tagsüber hätten sie nicht toleriert. «Man kam sich von denen kontrolliert vor», sagte eine Frau aus.

Von Beschimpfungen und Drohungen wollte keiner der Zeugen etwas mitbekommen haben, jedenfalls nicht seitens der Beschuldigten.

Vorwürfe der Beschimpfung verjährt

Allein eine Zeugin sagte, sie halte die Version der Kläger für glaubhaft. Auch sie habe sich vor ihrem Wegzug durch den von den Beschuldigten ausgehenden Lärm stark gestört gefühlt. «Ich kann mir auch gut vorstellen, dass es zu Drohungen gekommen ist», sagte sie aus.

Eigentlich hätte es bereits 2024 zur Verhandlung vor dem Bezirksgericht Rheinfelden kommen sollen, was aber krankheitsbedingt unterblieb. Inzwischen, weil schon vor mehr als vier Jahren passiert, waren die Vorwürfe der Beschimpfung verjährt.

Allein die Drohung blieb stehen. Doch für diese gab es Freisprüche. «Ich halte die Aussagen der Privatkläger für glaubhaft», sagte Bezirksgerichtspräsident Meier. Aber letztlich seien auch aufgrund der Zeugenaussagen für das Gericht Zweifel daran geblieben.

Und so sei der Freispruch zwingend gewesen. Damit entsprach das Gericht vollends dem, was die Verteidigung der Beschuldigten gefordert hatte.